

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Zwischenstaatliche Verbindungen besonderer Art

In zehn Tagen begeben sich Landesfürst und Regierung zu einem Staatsbesuch nach Bern



### Erbprinz nimmt Stellung

Vor kurzem hatten Vertreter der beiden Landeszeitungen Gelegenheit, ein Gespräch mit Erbprinz Hans Adam zu führen. Das Gespräch, das auf Initiative des Erbprinzen zustandekam, drehte sich vor allem um die künftige Aussenpolitik des Landes, insbesondere um die Frage des UNO-Beitritts. Im Anschluss an dieses Gespräch haben wir dem Erbprinzen ein paar konkrete Fragen zur Aussenpolitik vorgelegt. Dieses Interview werden wir in der Ausgabe vom nächsten Dienstag veröffentlichen. Erbprinz Hans Adam gibt darin seiner Überzeugung Ausdruck, dass ein UNO-Beitritt unseres Landes vor der Schweiz bei den schweizerischen Behörden auf Verständnis stossen würde. Als Vorteil eines UNO-Beitritts betrachtet der Erbprinz die Tatsache, dass mit dem Beitritt Liechtensteins automatisch weltweit von allen anderen UNO-Partnern als gleichberechtigter Staat anerkannt würde.

Nach dem Staatsbesuch in Wien vom vergangenen Juli begeben sich S. D. Fürst Franz Josef II. und I. D. Fürstin Gina sowie Regierungschef Hans Brunhart und Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt in Begleitung ihrer Gattinnen in rund zehn Tagen zu einem Staatsbesuch nach Bern. Seit dem letzten Staatsbesuch in der Schweiz, der am 22. und 23. Oktober 1970 stattfand, sind damit ziemlich genau 14 Jahre vergangen. In dieser Zeit haben sich die freundschaftlichen Beziehungen zur Schweiz einerseits durch den Abschluss weiterer Vereinbarungen festigt, auf der anderen Seite sind Bestrebungen Liechtensteins zu einem stärkeren eigenständigen Auftreten im internationalen Rahmen sichtbar geworden.

Der damalige Bundespräsident Hans-Peter Tschudi hatte damals in seiner Begrüssungsansprache unterstrichen, dass der liechtensteinische Staatsbesuch «im gegenwärtigen Zeitpunkt» seinen besonderen Sinn und Zweck habe, sei es doch rund ein halbes Jahrhundert her, seit Liechtenstein mit der Schweiz in engere Beziehungen getreten sei. Tschudi erwähnte damals auch, dass es für die Schweiz selbstverständlich gewesen sei, dem Nachbarvolk, für das sich am Ende des Ersten Weltkrieges grosse Schwierigkeiten einstellten, beizustehen. «Die damals geschaffenen engen Bande und die in der Folge abgeschlossenen Verträge – vor allem der Zollanschlussvertrag von 1923 – haben sich im Laufe der Zeit bewährt und glücklich ausgewirkt. Für die Schweiz ist es eine grosse Befriedigung heute feststellen zu können, dass Liechtenstein seine Wirtschaft, vor allem seine Industrie, mit glänzendem Erfolg entwickelt hat.» Alle Voraussetzungen, so Tschudi weiter, «erscheinen uns gegeben für ein vertieftes gegenseitiges Verständnis und für ein weiteres vertrauensvolles Zusammengehen unserer beiden Länder.»

### Eine Form echter Partnerschaft

S. D. Fürst Franz Josef II. erwiderte in seiner Ansprache, dass die langjährige Pflege und der von beiden Seiten geförderte Ausbau der Beziehungen Schweiz – Liechtenstein «eine zwischenstaatliche Verbindung besonderer Art geschaffen und ihre Lebensfähigkeit bestätigt» habe.

Die Verbindung könne dem Geiste und der Verwirklichung nach als «eine Form echter Partnerschaft auf zwischenstaatlicher Ebene» gelten. Wir Liechtensteiner hoffen, so schloss der Landesfürst seine Ansprache, dass wie bisher der Geist der Freundschaft und des gegenseitigen Verständnisses unsere besondere Stellung zur Schweiz bestimmen und weiter entwickeln möge.

### Eigenständigeres Auftreten

In den 14 Jahren seit dem letzten Staatsbesuch hat sich einiges verändert, doch blieb im Grunde genommen die Struktur der Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz die gleiche. Der damalige Staatsbesuch stand unter dem Eindruck wichtiger Entscheidungen im europäischen Raum, als die Stellung Liechtensteins im Vorfeld verstärkter Integrationsbestrebungen in Europa den Anlass zu Auseinandersetzungen und vor allem zu wissenschaftlichen Abhandlungen gab. Die verstärkten Bestrebungen Liechtensteins, sich auf dem internationalen Parkett vermehrt als eigenständiger Staat zu bewegen, haben ihren Niederschlag in dem dreiseitigen Vertrag Schweiz – Liechtenstein – Europäische Gemeinschaften gefunden, während noch beim Abschluss des EFTA-Abkommens die Eigenständigkeit unseres Landes nicht in dem Masse berücksichtigt worden war. Mit Hilfe der Schweiz – und auch Österreichs – war es auch möglich, dem Europarat beizutreten, auf diese Weise die Souveränität des Landes im

europäischen Rahmen zu dokumentieren. Hinzu kam das eigenständige Auftreten im Bereich der Europäischen Sicherheitskonferenz (KSZE), verbunden mit der Anerkennung der Souveränität durch nicht weniger als 35 Staaten, unter ihnen die USA und die Sowjetunion. Gegenüber diesem unbestrittenen Freiraum in den aussenpolitischen Beziehungen gab es in anderen Bereichen immer wieder Diskussionen über eine zu enge Verflechtung, insbesondere auf dem Sektor der Gesetzgebung, die in vielen Bereichen auch auf unser Land anwendbar ist oder eine Anpassung der schweizerischen Gesetzgebung durch unser Land nach sich zieht.

### Eigendynamik der Verträge

In diesen Diskussionen schimmerte immer wieder eine gewisse Angst durch, dass Liechtenstein zu stark eingebunden werden könnte. Über einen parlamentarischen Vorstoss hatte sich auch die Regierung mit diesen Sorgen und Fragen auseinandergesetzt, wobei sie darauf hinwies, dass der Zoll- und PTT- sowie der Währungsvertrag eine «zentrale Bedeutung für die liechtensteinische Souveränität und Staatlichkeit» hätten. Es sei aber gerade auch das Kennzeichen solcher hochpolitischer Verträge, dass sie mit der Zeit eine Eigendynamik annehmen könnten, die in ihrem Wortlaut nicht unbedingt begründet waren, die aber letzten Endes die theoretisch weiterbestehende Möglichkeit der Kündbarkeit in den Hintergrund treten liessen. Der Staatsbesuch in der übernächsten Woche in Bern wird zweifellos Gelegenheit dafür bieten, über die Entwicklung der Beziehungen seit dem Zusammentreffen auf höchster Ebene und die Stellung der beiden Partner im Rahmen ihrer vertraglichen Vereinbarungen zu diskutieren und allfällige Probleme im zwischenstaatlichen Bereich zu erörtern.

## Wir haben Recht aus den Nachbarländern

Abschluss der Konferenz der Internationalen Vereinigung der Richter (UIM) mit Verabschiedung von Resolutionen

Mit der Verabschiedung von drei teilweise sehr umfangreichen Resolutionen ging die 27. Konferenz der Internationalen Vereinigung der Richter (UIM), die erstmals in unserem Land abgehalten wurde, am Donnerstag zu Ende. Rund 130 Richter aus 31 verschiedenen Staaten hatten sich diese Woche in Triesenberg und Malbun versammelt, über die Probleme der Justiz diskutiert und in drei Studiengruppen zu den aktuellen Themen der Gleichberechtigung, der Menschenrechte und der Verbrechenopfer in Resolutionen Stellung bezogen.

Das Rahmenprogramm umfasste einen Empfang bei Erbprinz Hans Adam am Schloss Vaduz, der bereits an der Eröffnung am Montag in einer Ansprache auf die gegenwärtigen Probleme der Justiz hingewiesen hatte, eine Rundfahrt durch das Land sowie ein Abendessen, gegeben von der Regierung. Ausserdem waren UIM-Präsident Lars-Erik Tillinger und der Präsident des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, Gérard Miarda, zu einem Meinungsaustausch mit der Regierung zusammengetroffen.

### Begeistert vom Tagungsort

Anlässlich des offiziellen Abschiedsessen im Gemeindesaal Triesenberg dankte UIM-Präsident Tillinger für die hervorragende Organisation der Konferenz durch die Vereinigung Liechtensteiner Richter. Er wies auch auf die gute und speditive Arbeit in den drei Studienkommissionen hin. Die erste Kommission war 1961, erst acht Jahre nach der Gründung der UIM gebildet worden, und hatte die Aufgabe, die gerichtliche Organisation, den Stand des Gerichtswesens und

den Schutz der persönlichen Rechte zu untersuchen. Die zweite Kommission für vergleichende Studien von Zivilrecht, die dieses Jahr über die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu beraten hatte, wurde drei Jahre später eingesetzt, und 1966 folgte die dritte Kommission mit der Untersuchung des Strafrechts, die diesmal den Problembereich der Opfer von Verbrechen zu bearbeiten hatte. Auch der Präsident des Europäischen Gerichtshofes, Gérard Miarda, zeigte sich in einer

kurzen Würdigung der Konferenz begeistert vom Tagungsort. Er habe, so meinte er, schon sehr viel von Liechtenstein gehört, doch sei dies sein erster Aufenthalt in diesem Land. Gleichzeitig drückte er auch seine Bewunderung für die liechtensteinische Gesellschaft aus, was sie aus diesem Land gemacht habe.

### Tischrede von Hilmar Ospelt

In einer Tischrede, aus der wir an-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Zum Abschluss der 27. Konferenz der Internationalen Richtervereinerung (UIM), die erstmals in unserem Land abgehalten wurde, gab die Regierung für die rund 130 Richter aus den 31 UIM-Mitgliedsstaaten im Dorfsaal Triesenberg ein Abschiedsessen. Unser Bild zeigt, von rechts, Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt, der als zuständiger Ressortinhaber für Justiz die Gäste aus dem Ausland in einer Tischrede zu ihrer Tagung beglückwünschte und zugleich verabschiedete. Daneben Regierungschef Hans Brunhart und der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes, Dr. Erich Seeger.

## KOMMENTAR

Der Wald wartet nicht auf die Politiker. Dieser griffige Satz, der nach raschen staatlichen Massnahmen gegen die Luftverschmutzung und das Waldsterben ruft, scheint gegenwärtig recht einseitig ausgelegt zu werden. Da unterschreiben nahezu fünftausend, zumeist erwachsene Personen eine Petition für vier autofreie Sonntage. Dort fordert die Gesellschaft für Umweltschutz in einem offenen Brief die Bildung eines Krisenstabes und die Ausarbeitung eines Krisenplanes. Und dann übergibt der Landtag der Regierung Postulate und Interpellationen, um Fragen der Umweltbelastung durch giftige Ablagerungen im Boden und in der Luft prüfen zu lassen, um steuerliche Anreize für umweltfreundliche Investitionen bei den Feuerungsanlagen und gegen die Autoabgase zur Prüfung anzuregen. Die Regierung als ausführendes Staatsorgan hat nun, neben dem sich selbst auferlegten Programm «Gesunder Wald», all diese geforderten Massnahmen zu überprüfen, zu werten, auszuführen.

Doch warum denn so einseitig? Wenn der Wald schon nicht auf die Politiker wartet oder warten kann, so kann er dies auch nicht auf jene Personen oder Gruppen, die zwar einschneidende Massnahmen fordern, aber den Behörden den Ball zuspielen. Mit den autofreien Sonntagen muss nicht erst begonnen werden, sobald die Regierung, wenn überhaupt, nach Abklärung aller Vorteile und Nachteile ein Fahrverbot für bestimmte Tage erlässt. Hier könnten die fünftausend Unterzeichner ihren Willen bereits in die Tat umsetzen, ohne dass ein Verbot ausgesprochen wird. Auch die Gesellschaft für Umweltschutz, die über eine zahlreiche Anhängerschaft verfügt, könnte einen Grossteil der geforderten Sofortmassnahmen wie Temporeduktionen, jährliche Ölbrennerkontrollen oder Umsteigen auf die öffentlichen Verkehrsmittel ohne behördliche Verfügungen oder Verbote bei ihren Mitgliedern durchzusetzen versuchen. Wenn jeder Einzelne etwas gegen die Luftverschmutzung beiträgt, so summiert sich das schlussendlich doch zu einem ansehnlichen Teil, ohne dass deswegen grosse Opfer gebracht werden müssen.

Allerdings muss nach den bisherigen Erfahrungen in Zweifel gezogen werden, ob mit freiwilligem Verzicht in unserem Lande viel erreicht werden kann. Die Regierung hat mit der Verbilligung der Tarife bei den Postautos einen Beitrag geleistet, um vermehrt Privatpersonen oder auch den Berufsverkehr für die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel zu gewinnen. Die bisher bekannten Zahlen sind wenig ermutigend. Die Freiheit, die man sich mit der Beschaffung eines Privatfahrzeuges erkaufte, gibt man nicht so schnell preis. Zu diesen Freiheiten gehört auch die flexible Gestaltung der Arbeitszeit in einem Grossteil der Betriebe. Müsste man sich, den kranken Wald vor Augen, nicht überlegen, ob wieder eine starr fixierte Arbeitszeit eingeführt werden sollte, damit die Benützung der Firmenbusse oder der öffentlichen Verkehrsmittel eine Alternative darstellt? Zweifellos wäre dies in einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft ein Einschnitt, vielleicht auch Rückschritt, der aber den Schadstoffausstoss erheblich verringern würde. Der Wald wartet auch nicht, um den Anfangssatz etwas abzuwandeln, auf jene, die den Ball immer anderen zuschieben. (G. M.)

# FBP

### Eschen: Stammtisch FBP

Am Montag, den 15. Oktober um 20.00 Uhr führt die FBP Eschen-Nendeln nach längerer Zeit wiederum eine Stammtischrunde im Restaurant Brühlhof durch. Diskutiert und erörtert werden sollen Gemeinde- und landespolitische Themen, wobei uns unsere Mandatäre Red und Antwort stehen werden.

Auf einen zahlreichen Besuch freut sich die Ortsgruppe Eschen-Nendeln.

## Nebenbei

An der Luftverschmutzung, so viel gilt heute als gesichert, sind nicht nur die Abgase der Autos beteiligt, sondern auch die Feuerungsanlagen. Besonders schwer wiegt in diesem Zusammenhang die Verwendung von «Heizöl schwer», das allerdings nur noch in wenigen industriellen und gewerblichen Betrieben Verwendung findet. Die gesetzlichen Bestimmungen (seit 1973) sind klar: Bei Verwendung von flüssigem Brennstoff darf der Schwefeldioxid-Ausstoss jenen Wert nicht überschreiten, der bei der Verbrennung von Heizöl «extra leicht» erreicht wird. Deutlich sind auch die Resultate der Schadstoffmessungen: Durch Umstellung der Betriebsanlagen auf das gesetzliche Erfordernis würden jährlich rund 100 Tonnen Schwefeldioxid weniger unsere Umwelt belasten. In den mehr als zehn Jahren, in denen für verschiedene Betriebe Ausnahmen bewilligt wurden, haben also etwa 1000 Tonnen Schwefeldioxid mehr zur Zerstörung der Wälder beigetragen als bei Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen ohne Ausnahmebewilligungen. Und nun taucht bereits die Forderung nach Subventionierung auf, sofern die noch bestehenden Schweröl-Anlagen umgerüstet werden sollen. Dem Walde zuliebe ist man geneigt, einer derartig selektiven staatlichen Unterstützung zuzustimmen. Aber nur dem Wald zuliebe.